

Hochschullandschaft 2030

Vier Trends, auf die sich die Universitäten einstellen sollten

Foto: Eberhardt/kiz



Studierende der Universität Ulm

Wie wird die deutsche Hochschullandschaft im Jahr 2067 aussehen? Werden Präsenz-Universitäten noch eine Rolle spielen? Wie entwickelt sich der Fächerkanon zwischen den vermeintlich anwendungsfreundlichen Technikfächern und den schon heute unter Rechtfertigungsdruck stehenden Geisteswissenschaften? Wird ein Hochschulstudium 2067 nicht nur der „Normalfall“, sondern der einzige ernstzunehmende Ausbildungsweg sein? Und wenn ja, welche Folgen hat das für die gegenwärtige Gebührenfreiheit des Studiums?

Diese und ähnliche Fragen gehen vielen durch den Kopf, die über die Zukunft jener Institutionen nachdenken, die unsere Kulturgeschichte entscheidend mitdefinieren, sei es über die vergangenen 50 Jahre hinweg wie im Falle der Universität Ulm oder seit 1386, wie Deutschlands älteste Universität Heidelberg.

Wer sich an Antworten versucht, sollte sich und seinen Lesern von Anfang an die Unmöglichkeit verlässlicher Vorhersagen über solch lange Zeiträume vor Augen führen. Am besten geht das, indem man sich einmal Aussagen (und Wünsche) vom Ende der 60er-Jahre zur Zukunft des deutschen Bildungssystems anschaut. Unter der Überschrift „Zehn prominente Kulturpolitiker antworten auf Fragen der ZEIT“ hatten 1969 unter anderem Hildegard Hamm-Brücher, Ralf

Dahrendorf und Hellmut Becker ihre Überlegungen niedergeschrieben. Von einem „Ausbau von Teiluniversitäten“ ist da die Rede und von der „Zusammenfassung von Fachhochschulen und analogen Einrichtungen mit den bisherigen Hochschulen in ein Gesamthochschulsystem“. Die Gründung von „fünf neuen Universitäten“ wird angeregt, der „Ausbau des akademischen Fern- und Fernsehunterrichts“ prophezeit, dazu die Steigerung der Studierendenzahlen von 300 000 auf 600 000 „im nächsten Jahrzehnt“.

Irgendwie nicht falsch? Und doch in seiner Pseudo-Genauigkeit zum Schmunzeln? Exakt. Deshalb belasse ich es im Folgenden bei vier Trends, die sich abzeichnen, und beschränke den Horizont auf zehn bis 15 Jahre. Schon dies ein Zeitraum, den die meisten Wissenschaftspolitiker und Hochschulrektoren ungern mitdenken bei ihren aktuellen Entscheidungen, denn sonst könnte so manche Schlussfolgerung anders ausfallen.

Trend 1: Schon bald werden die Studenten nicht mehr frei Haus geliefert

Im Dezember 2016 sorgte eine Studie für Aufsehen. CHE Consult hatte die Daten der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Landkreisen mit den Einzugsgebieten der Hochschulen verrechnet. Das Ergebnis: Viele westdeutsche Hochschulen müssen bis 2035 mit empfindlichen Einbrüchen bei den Studienanfängern rechnen. Eine Umfrage der ZEIT unter Hochschulrektoren ergab zudem eine erstaunliche Gelassenheit. So hieß es unter anderem, das eigene, besonders attraktive Studienangebot garantiere auch in Zukunft eine große Nachfrage. Einigen Hochschulleitungen fehle die Weitsicht, schlussfolgerte CHE Consult.

Was leicht erklärbar ist, haben sich doch Prognosen der Kultusministerkonferenz (KMK) zu künftigen Studentenzahlen in der Vergangenheit regelmäßig als zu niedrig erwiesen. Und doch: Schon jetzt verbirgt sich hinter dem offiziellen Rekordhoch bei den Immatrikulationen (2,8 Millionen) ein leichtes, aber stetes Bröckeln bei den Erstsemesterzahlen. Der bundesweit stärkste Rückgang in der studienrelevanten Alterskohorte zwischen 16 und 19 wird übrigens

für den Ostalbkreis vorhergesagt (-56,1 Prozent), auch für die Stadt Ulm und den Alb-Donau-Kreis sind bis 2035 zweistellige Rückgänge absehbar.

Die Folge: In ihrem Kampf gegen die Schrumpfkur werden sich die Hochschulen einen bislang ungekannten Wettbewerb um Studenten liefern. Im Vorteil werden jene sein, die schon jetzt ein professionelles Studierendenmarketing aufbauen und ihren durch Rankings abgesicherten Ruf als hervorragende Lehruniversitäten stärken. Wobei am Ende nur die Hochschulen erfolgreich sein werden, die sich von einem immer noch weit verbreiteten Vorurteil verabschieden: dass die zunehmende Diversität der Studierendenschaft eine Gefahr für ihre Leistungsstärke sei. Das Gegenteil ist der Fall, denn solange sich viele Hochschulen nicht stärker und vor allem bewusster für bildungsferne Schichten öffnen, erreichen sie nicht die Studienanfänger mit dem größten intellektuellen Potenzial, sondern diejenigen mit der besten Unterstützung von zu Hause. Die Hochschulen, die in der Lage sein werden, diese fehlende Unterstützung durch geeignete Betreuung zu kompensieren, werden den demografischen Wandel besser durchstehen – und bessere Absolventen produzieren.

Die darin liegende positive Nachricht: Nach all den Sonntagsreden von der Bedeutung exzellenter Lehre könnte jetzt im Alltag deren Verwirklichung folgen. Passend dazu verhandeln Bund und Länder darüber, von 2020 an die für den Hochschulpakt gezahlten Mittel zur Steigerung der Studienqualität zu verstetigen – anreizbasiert, versteht sich.

Trend 2: Künftig ist es egal, ob auf einer Hochschule „Uni“ oder „FH/HAW“ draufsteht

Die Empörung war groß, als Hessens Wissenschaftsminister Boris Rhein (CDU) einem Fachbereich der Hochschule Fulda im Herbst 2016 das Promotionsrecht verlieh. Der Deutsche Hochschulverband (DHV) warnte vor einer „Nivellierung“ der Hochschularten. Rhein selbst sprach von einem „wissenschaftspolitisch historischen Ereignis“. Die Verleihung des Promotionsrechts an eine FH werde die „Diskussion um die Weiterentwicklung des deutschen Hochschulsystems maßgeblich beeinflussen“. Faszinierend, wie sich DHV und Rhein in ihrer Bewertung unterscheiden, aber dieselbe Prognose aufstellen. Tatsächlich werden die Grenzen zwischen Fachhochschulen und Universitäten weiter verschwimmen. Auch hier gibt Hessen die Richtung vor, indem es für FH-Promotionen feste Qualitätsstandards definiert: mindestens 12 for-

schungsstarke Professuren, eine Mindestquote an Drittmitteln und Publikationen. Es ist absehbar, dass schlecht aufgestellte (und zu kleine?) Universitätsfächer künftig ebenfalls unter Druck geraten, wenn sie diese Standards reißen. Für die Qualität der Promotion könnte eine solche Entwicklung sich als positiv erweisen, für die Differenzierung der Hochschullandschaft bedeutet sie: Forschungsstarke Fachhochschulen werden künftig viel mit Universitäten gemeinsam haben, forschungsschwache Universitäten hingegen nur dann mit Fachhochschulen konkurrieren können, wenn sie ihren Schwerpunkt auf die Lehre verlagern. In demselben Maß, wie sich forschungsstarke und lehrorientierte Hochschulen definieren, werden weitere Fachhochschulen und Universitäten ihre Vernetzung in der Region vorantreiben. Das kann bedeuten, dass sie ihren Technologietransfer mit den Unternehmen verbessern, neue Formen des Wissenstransfers in die Gesellschaft hinein etablieren oder soziale Innovationen fördern.

Der Begriff der „Third Mission“, aus den USA stammend, fasst auch hierzulande Fuß – von der Politik energisch befördert durch den derzeit laufenden Wettbewerb „Innovative Hochschule“. Nicht zufällig sind dafür Fachhochschulen und lediglich kleine Universitäten antragsberechtigt. Sie sind die ersten Kandidaten für den dritten Weg – und auch bei ihnen wird es in zehn, 15 Jahren keine Rolle mehr spielen, ob sie sich Fachhochschulen oder Universitäten nennen. Eine Chance für die Universitäten abseits der Forschungsmetropolen, die sich schon zu lange abarbeiten am Paradigma der „internationalen Forschungsuniversität“, das für sie unerreichbar bleiben muss. Und zugleich ein Risiko – müssen sie doch das Laufen abseits der eingetretenen Pfade erst lernen.

„Keine Generation vor ihnen hatte so große Chancen, und keine stand so sehr unter Druck“

Trend 3: Endlich lernen Hochschulen, wie man Karrieren macht

Eine Umfrage, wiederum in der ZEIT, unter knapp 7000 Nachwuchswissenschaftlern hat 2015 ergeben, dass 81 Prozent von ihnen wegen der Jobunsicherheit und schlechter Aufstiegschancen über einen Berufswechsel nachdenken. Im Jahr 2005 gab es knapp 120 000 wissenschaftliche Mitarbeiter unterhalb der Professur, nur fünf



Fotos: Uni Ulm



Studierende der Uni Ulm in den Anfangsjahren (oben) und heute



Zur Person

Unser Gastautor Dr. Jan-Martin Wiarda ist studierter Journalist, Politologe und Volkswirt. Er schreibt über Themen aus Bildung, Wissenschaft und Forschung und wurde für seine Arbeit mit mehreren Medienpreisen ausgezeichnet. Seine Artikel wurden unter anderem in der Süddeutschen Zeitung, im Stern oder Financial Times Deutschland veröffentlicht. Acht Jahre lang war der 40-jährige Redakteur im Bildungsressort „Chancen“ der ZEIT. Danach hat er die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Helmholtz-Gemeinschaft verantwortet. Im Oktober moderiert Wiarda das Zukunftsforum der Uni Ulm und Universitätsgesellschaft. ■ red

Jahre später waren es bereits 35000 mehr – während die Zahl der Universitätsprofessoren bei rund 20000 stagnierte. „Vermutlich hatte keine Generation vor ihnen so große Chancen“, sagt Helmut Schwarz von der Alexander-von-Humboldt-Stiftung über den wissenschaftlichen Nachwuchs in Deutschland, „und keine stand gleichzeitig unter einem so hohen Druck.“ Das Problem sind dabei gar nicht mal die fehlenden Professorenstellen – das Problem ist die völlige Intransparenz auf dem Weg dahin. Regelmäßig beklagen Nachwuchswissenschaftler die allzu große Abhängigkeit von ihren Professoren und deren Wohlwollen.

Das „Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“ soll den so oft voreilig beschworenen „Kulturwandel“ bringen: Eine Milliarde Euro zahlt der Bund den Ländern dafür, dass sie im Gegenzug 1000 sogenannte Tenure-Track-Professuren einrichten. Sie sehen nach einer erfolgreichen Bewährungsphase den unmittelbaren Übergang in eine Lebenszeitprofessur vor. In der Förderbekanntmachung, die im Dezember 2016 veröffentlicht wurde, heißt es, Voraussetzung für die Teilnahme am Programm sei „eine verbindliche Grundsatzentscheidung“ für die Implementierung des Karrierewegs der Tenure-Track-Professur. Außerdem werde vorausgesetzt, „dass Personalentwicklung für den wissenschaftlichen Nachwuchs und das gesamte wissenschaftliche Personal ein strategisches Handlungsfeld der Universitätsleitung ist und sie über ein Personalentwicklungskonzept verfügt, das Aussagen zu Standards, zum Grad der institutionellen Verankerung und Stand der Umsetzung enthält.“

Personalentwicklungskonzept, Standards, institutionelle Verankerung: Im Zusammenhang mit der Nachwuchsförderung an vielen Universitäten bislang unbekannte Vokabeln. Genau hier könnte das Programm die nötige Dynamik entfalten und die Karrierewege an deutschen Hochschulen in den nächsten zehn, 15 Jahren revolutionieren. Eine übertrieben optimistische Erwartung? Möglicherweise nicht, denn einmal mehr erzeugt der demographische Wandel Druck. Fachkräfte werden schon in einem Jahrzehnt in vielen Branchen Mangelware sein. Wenn die Hochschulen verhindern wollen, dass ihnen alle schlaunen Leute abgeworben werden, müssen sie reagieren – und mehr bieten. Insofern ist die absehbare Professionalisierung der universitären Personalentwicklung mehr als eine Frage der Fairness: Sie ist eine Frage des akademischen Überlebens.

Trend 4: Die Konkurrenz zwischen Sozialausgaben und Bildungsbudget verschärft sich. Mit weitreichenden Folgen für die Hochschulfinanzierung

Auch hier mag der Blick in die nahe Zukunft zunächst trügen. Anders als vielfach befürchtet, wachsen die Hochschuletats nämlich am Vorabend der Schuldenbremse: in Baden-Württemberg um jährlich 3 Prozent, in Thüringen um vier, in Berlin um 3,5 Prozent. So haben es die Landesregierungen versprochen. Tatsächlich stellt sich die finanzielle Lage der Länder spätestens nach der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen Ende 2016, in deren Zuge die Länder von 2020 an 9,7 Millionen Euro mehr erhalten, mittelfristig entspannter da als die des Bundes. Was im Umkehrschluss bedeutet, dass weitere umfangreiche Wohltaten aus Berlin in den nächsten Jahren nicht zu erwarten sind. Sehr wohl eine Verstetigung bislang befristeter Programme wie dem Hochschulpakt, aber das war's dann auch. Gleichzeitig ist absehbar, dass in der zweiten Hälfte der 20er-Jahre, wenn die letzten Babyboomer in Rente gehen, der Druck auf die Sozial- und Pensionskassen enorm zunehmen wird. Da der Bund nach 2020 bereits in die Grundfinanzierung eingestiegen sein wird, wird er die Länder, anders als beim Hochschulpakt vor zehn Jahren, nicht ein weiteres Mal herauspauken können. Die Folge: Spätestens dann werden Bildungspolitik und Hochschulen nach privaten Einnahmequellen suchen. Vorboten dieser Entwicklung zeigen sich in Baden-Württemberg, wo die Landesregierung Studiengebühren in Höhe von 1500 Euro pro Semester für Nicht-EU-Bürger einführt. Schlau und vorausschauend wäre es daher, wenn sich die Akteure schon jetzt Gedanken über ein sozial gerechtes, zukunftsfähiges Gebührensystem machen würden, um nicht von den Tatsachen überrumpelt zu werden.

Ansonsten sei am Ende noch einmal aus den Antworten der zehn Kulturpolitiker aus der ZEIT von 1969 zitiert. Dort schreibt der Bildungsforscher Hellmut Becker, gefragt nach Ideen für eine künftige Bildungs- (und damit: Hochschul-)finanzierung: „Einsparungen im Haushalt außerhalb des Bildungssektors; da Bildungsausgaben unsere wichtigsten Sozialausgaben geworden sind, Überprüfung der sonstigen Sozialausgaben und Subventionen unter dem Aspekt der Einsparung; Inanspruchnahme von Teilen der Konjunkturrücklage; Kombination von staatlichen Sockelbeträgen und privater Zusatzfinanzierung.“ Wie nah die Vergangenheit doch manchmal der Zukunft sein kann. ■

Dr. Jan-Martin Wiarda